

Arnd Küppers

Für Freiheit und Gerechtigkeit

Zum 200. Geburtstag des Arbeiterbischofs
Wilhelm Emmanuel von Ketteler

Am kommenden ersten Weihnachtstag jährt sich zum 200. Mal der Geburtstag des Arbeiterbischofs Wilhelm Emmanuel von Ketteler (1811 – 1877). Papst Leo XIII., der 1891 die erste Sozialenzyklika *Rerum novarum* veröffentlichte, soll ihn als seinen großen Vorgänger bezeichnet haben. Das jedenfalls schreiben seit Generationen Kettelers Biographen und katholische Sozialwissenschaftler.¹ Auch wenn leider keiner von ihnen angibt, wann und wo genau Papst Leo das gesagt haben soll, die Authentizität des Zitates also fraglich bleibt, so ist es doch zumindest gut erfunden. Denn in der Tat ist Ketteler in gewisser Weise der Stammvater der katholischen Soziallehre. Er war im 19. Jahrhundert der vielleicht wichtigste Wegbereiter eines modernen sozialetischen Denkens innerhalb der Kirche. Das heißt, er war einer der Ersten, die erkannten, dass die mit der Industrialisierung und Modernisierung der Gesellschaft einhergehenden sozialen Probleme nicht allein mit den traditionellen Mitteln der christlichen Caritas bekämpft werden konnten, sondern eine politische Herausforderung darstellten.

„Christ sein heißt politisch sein“ hat der Münchener Erzbischof Reinhard Kardinal Marx deshalb ein kürzlich erschienenenes Buch genannt, in dem er Leben und Werk Kettelers würdigt. Was das Neue der sozialetischen Perspektive gegenüber der traditionellen individualetischen Tugendethik der Moraltheologie war und ist, erläutert Kardinal Marx an dem Gleichnis vom Barmherzigen Samariter (Lk 10, 25 – 37). Während das Gleichnis in tugendethischer Lesart einen Appell darstellt, den unter die Räuber Gefallenen nicht am Wegesrand liegen zu lassen, sondern ihm zu helfen, blickt die Sozialetik über das Einzelschicksal und die konkrete Situation hinaus: Ihre primäre Frage richtet sich darauf, wie die Straßen zwischen Jericho und Jerusalem sicherer gemacht und auf diese Weise Überfälle in der Zukunft verhindert werden können.

Natürlich sind beide Perspektiven dabei im Innersten miteinander verknüpft, insofern die Caritas nicht nur die Motivation der individuellen Hilfe, sondern auch die Triebkraft des politischen Engagements darstellt: „Die tätige Nächstenliebe zielt auch auf strukturelle Fragen der Gerechtigkeit, die unter je neuen Bedingungen neu zu reflektieren und zu verändern sind.“² Die Soziallehre ist insofern keine Abkehr der Kirche von ihrem Eigentlichen, sondern „gesellschaftlich-politische Diakonie“³, also Realisierung eines der drei Grundvollzüge des kirchlichen Dienstes: Liturgie, Martyrie (Verkündigung), Diakonie. Denn, so die prägnante Begründung Kettelers: „Die sociale Frage berührt das depositum fidei“⁴.

Mit der Entwicklung einer an sozialwissenschaftliche Methoden und Analysen anknüpfenden Soziallehre beziehungsweise Sozialetik haben

Kirche und Theologie dabei dem Umstand Rechnung getragen, dass soziale Missstände in den hochkomplexen modernen Massengesellschaften weniger auf das moralische Fehlverhalten Einzelner als vielmehr auf strukturelle Ursachen zurückzuführen sind. „Lernobjekt“ war dabei die Arbeiterfrage, wie sie in Europa und Nordamerika im Zuge der Industrialisierung entstand. Das Arbeiterelend in den frühindustrialisierten Gesellschaften war eben weniger in einer Böswilligkeit der Fabrikherren begründet, als vielmehr in dem Umstand, dass sich der Frühkapitalismus in einem weitgehend rechtsfreien Raum abspielte, keinen Ordnungsrahmen hatte, wie wir heute sagen. In der modernen Gesellschaft ist es deshalb weitaus wichtiger als noch zu Zeiten des Barmherzigen Samariters, nicht nur den Opfern der sozialen Verhältnisse beizustehen, sondern durch Gestaltung dieser Verhältnisse dafür zu sorgen, dass es möglichst erst gar keine solchen Opfer gibt. Und Ketteler war nicht nur innerhalb der Kirche einer der Ersten, die das erkannt und propagiert haben.

Kettelers politisches Engagement beschränkte sich aber nicht auf die Soziale Frage beziehungsweise seinen Einsatz für soziale Gerechtigkeit. Das zweite seiner „beiden großen Lebensthemen“⁵ war die Freiheit. Papst Benedikt XVI. erinnerte bei seinem Deutschlandbesuch Ende September daran. In seiner Rede bei der offiziellen Begrüßung durch Bundespräsident Christian Wulff im Garten von Schloss Bellevue zitierte er Ketteler mit den Worten: „Wie die Religion der Freiheit bedarf, so bedarf auch die Freiheit der Religion.“⁶

Katholischer Antimodernismus und gesellschaftlicher Antiklerikalismus

Der Satz stammt aus dem Jahr 1848. Ketteler sprach ihn bei einer Stegreifrede auf der Generalversammlung der katholischen Vereine, dem ersten deutschen Katholikentag. Diese Versammlung war damals ins Leben gerufen worden, weil sich der Katholizismus mit der sich modernisierenden Gesellschaft schwer tat, genauso wie sich die moderne Gesellschaft am Katholizismus rieb. Das europäische Fanal der anbrechenden Moderne, die Französische Revolution, erschütterte die Kirche in ihren Grundfesten. Innerhalb weniger Jahre erlebte sie eine dramatische Erosion ihrer in Jahrhunderten gewachsenen politischen Macht und wirtschaftlichen Stärke.

Aber nicht nur diese handfesten Umstände führten zu dem den europäischen Katholizismus des 19. Jahrhunderts charakterisierenden Antimodernismus und Integralismus, also der Tendenz, sich in eine geistige und

soziale katholische Wagenburg zurückzuziehen. Dem katholischen Antimodernismus entsprach ein in den bürgerlichen Eliten weit verbreiteter Antiklerikalismus. Vielen aufgeklärten Geistern des 19. Jahrhunderts galt der Katholizismus als Relikt aus vergangenen dunklen Zeiten, als unvernünftiger Aberglaube. An den Universitäten, in der Politik, im Offizierskorps und anderen elitären Kreisen hatten bekennende Katholiken in den meisten deutschen Landen kaum Karrierechancen.

Die so Ausgegrenzten und Marginalisierten scharten sich in ihrem Bemühen um gesellschaftliche Selbstbehauptung trotzig um ihre Kirche, ihr Antimodernismus war – in hegelscher Terminologie gesprochen – Teil eines „Kampfs um Anerkennung“⁷. Nicht nur die Priester- und Ordensberufungen nahmen enorm zu, auch die katholischen Laien suchte man vereinsmäßig zu organisieren. Das war die Geburtsstunde des Verbandskatholizismus, der für gut hundert Jahre den Kitt des katholischen Milieus in Deutschland bilden sollte. Für alle möglichen Personengruppen und Lebensbereiche wurden katholische Vereine gegründet. Und als zentrales Jahrestreffen für diese Vereine wurde eben die Generalversammlung ins Leben gerufen, die erste im turbulenten Revolutionsjahr 1848.

Entschieden katholisch

Ketteler war zu dieser Generalversammlung geladen als Abgeordneter der in der Frankfurter Paulskirche tagenden Nationalversammlung, die die Verfassung für ein geeintes Deutschland ausarbeiten sollte. Seine Lebensplanung war dabei ursprünglich eine ganz andere gewesen. Als Spross einer Familie aus altem westfälischem Adelsgeschlecht studierte er zunächst Jura und trat in den preußischen Staatsdienst ein. Dann kam es aber zu einem Vorfall, der so etwas wie der furiose erste Akt des Kirchenkampf-Dramas in Deutschland war und auch Kettelers Leben die entscheidende Wendung gab: Sein Dienstgeber, der preußische Staat, enthob 1837 den Erzbischof von Köln, Clemens August zu Droste-Vischering (1773 – 1845), seines Amtes und setzte ihn in Haft. Grund dafür war ein recht vertrackter Streit über die sogenannte „Mischehenfrage“, also die rechtliche und kirchenrechtliche Handhabung von Eheschließungen zwischen konfessionsverschiedenen Partnern. Der Kölner Erzbischof hatte entsprechend den kirchenrechtlichen Vorgaben seine Priester angewiesen, solchen Eheschließungen nur noch dann zu assistieren, wenn die Brautleute gelobten, die aus der Ehe hervorgehenden Kinder katholisch taufen zu lassen. Die preußische Regierung hingegen hatte ein Dekret erlassen, dass die Kinder aus Mischehen grundsätzlich in der Konfession des Vaters erzogen werden sollten. Deshalb legte die

Regierung die Anweisung des Erzbischofs als öffentlichen Aufruf zum Gesetzesbruch aus und forderte ihn zum Amtsverzicht auf. Als der intransigente Mann sich weigerte, wurde er von der Regierung kurzerhand abgesetzt und in Minden inhaftiert.

Das war ein politisch motivierter Willkürakt. Die preußische Verwaltung hatte sich vor aller Augen ins Unrecht gesetzt, was allerdings viele protestantische Konservative und auch viele Liberale nicht davon abhielt, den Behörden Beifall zu spenden. Ketteler sah sich vor eine Entscheidung gestellt und quittierte seinen Dienst beim preußischen Staat. Er ging nach München und schloss sich dem Kreis an, der sich um den an der dortigen Universität lehrenden Joseph Görres (1776 – 1848) gebildet hatte, den Kopf der katholischen Erneuerungsbewegung. Dort fasste er den Entschluss zum Theologiestudium und Eintritt ins Priesterseminar.

Vom Bauernpastor zum Wortführer der deutschen Bischöfe

Bereits auf seinen ersten Seelsorgestellen, als Kaplan in Beckum (1844 – 1846) und Pfarrer in Hopsten (1847 – 1849), einer kleinen Gemeinde am Nordrand des Tecklenburger Landes, zeigte sich, dass Ketteler sich nicht nur für die geistlichen, sondern auch für die sozialen Belange der ihm anvertrauten Menschen verantwortlich fühlte. In Beckum initiierte er die Errichtung eines Krankenhauses, und in Hopsten arbeitete er bis zur völligen Erschöpfung, um die armen Pächter in seiner Gemeinde durch den Hungerwinter 1846/47 zu bringen.

Als 1848 in Deutschland die Revolution ausbrach, drängten ihn Weggefährten dazu, für die Nationalversammlung zu kandidieren. Seine Leichenrede für zwei ermordete Parlamentskollegen und seine – von Papst Benedikt zitierte – Rede auf dem ersten Katholikentag machten aus ihm in kurzer Zeit eine nationale Berühmtheit. Wie selbstverständlich kamen nun höhere Aufgaben auf ihn zu. Ihm wurde die bedeutendste und zugleich schwierigste Pfarrei im preußischen Königreich angetragen: St. Hedwig in Berlin. Nur auf beharrliches Zureden von staatlicher wie auch von kirchlicher Seite nahm er das Angebot schließlich an und wurde also Propst von Berlin und Fürstbischöflicher Delegat für die Mark Brandenburg und Pommern.

Berlin war für Ketteler aber nicht mehr als eine Zwischenstation. Auch in Rom war man nämlich auf ihn aufmerksam geworden, und 1850 ernannte Papst Pius IX. ihn zum Bischof von Mainz. Mit diesem Amt stand er im Zentrum der zunehmenden kirchenpolitischen Konflikte. Zwar gelang es ihm selbst relativ lange, ein leidlich gutes Verhältnis mit

seinem eigenen Landesherrn, dem Großherzog von Hessen-Darmstadt, zu pflegen. Aber als Suffraganbischof der Oberrheinischen Kirchenprovinz erlebte er bereits 1853, wie sein Metropolit, der hochbetagte Freiburger Erzbischof Hermann von Vicari (1773 – 1868), im Zuge des Badischen Kirchenkampfes unter Hausarrest gestellt wurde. In diesem Konflikt und in den seitdem immer wiederkehrenden, ab 1871 im Kulturkampf vollends eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche wuchs Ketteler schnell die Rolle eines der führenden Sprecher der Kirche zu. Und diese Rolle blieb nicht auf den Bereich der Kirchenpolitik beschränkt. Seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts meldete sich Ketteler auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik immer wieder prominent zu Wort. Er wurde zum sozialen Gewissen der Kirche und erhielt von den Menschen den Ehrentitel „Arbeiterbischof“.

Ultramontan, aber dennoch eigensinnig

Auch innerkirchlich scheute Ketteler nicht den Konflikt. Mancher war überrascht, dass der eigentlich als stramm ultramontan geltende Bischof in der Diskussion über die Dogmatisierung der päpstlichen Unfehlbarkeit zu einem der Wortführer jener Minderheit von Bischöfen auf dem Ersten Vatikanischen Konzil (1869/70) wurde, die sich gegen die Dogmatisierung wandten. Politisch leiteten ihn hierbei Opportunitäts Erwägungen. Er wollte keine weitere Eskalation des Konflikts zwischen Kirche und Staat provozieren. Theologisch lehnte er die Unfehlbarkeit keineswegs schlechthin ab, es ging ihm aber darum, deren absolutistisches Missverständnis auszuschließen. Um nicht gegen die Mehrheit stimmen zu müssen, verließ er das Konzil vorzeitig. Das Dogma freilich erkannte er an, hob dabei aber im Gegensatz zu manchen anderen Theologen seiner Zeit die essentielle Bindung der päpstlichen Unfehlbarkeit an den Glauben der Kirche hervor. Damit lieferte er eine theologische Deutung des päpstlichen Primats, die in ihren Grundzügen ganz auf die Linie der Ekklesiologie des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962 – 65) liegt.

Kettelers enge Verbundenheit mit Rom und insbesondere seine Verehrung für Papst Pius IX. waren auch nach dem Konzil ungebrochen. Deshalb war es ihm ein großes Anliegen, im Frühsommer 1877 an den Feierlichkeiten zum goldenen Bischofsjubiläum des Papstes teilzunehmen. Mit einem noch nicht ganz auskurierten Infekt machte er sich auf die Reise, die er nicht überleben sollte. Nach den Feiern verließ er Rom in völlig entkräftetem Zustand und starb auf der Rückreise am 13. Juli 1877 im Kapuzinerkloster Burghausen bei Altötting.

Die Freiheit und die Freiheiten der Kirche

In der Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche heiligte im 19. Jahrhundert für viele Liberale der Zweck die Mittel. Das zeigte sich nicht erst, als die Liberalen im preußischen Landtag und im Reichstag die bismarckschen Kulturkampfgesetze verabschiedeten. Um das Ziel zu erreichen, den politischen und gesellschaftlichen Einfluss der Kirche zu brechen, war man gerne bereit, hehre Grundsätze des klassischen Liberalismus über Bord zu werfen, allen voran das Ideal der Herrschaft des Gesetzes. Das Ziel des klassischen Liberalismus war es, die staatliche Herrschafts- und Zwangsgewalt, egal von wem sie ausgeübt wird, zu beschränken und allgemeinen Regeln zu unterwerfen. Den Liberalen des 19. Jahrhunderts ging es vor allem darum, dass die Macht von der richtigen Stelle ausgeübt wird, für die Nationalliberalen war das die bürgerliche Elite, für die Radikalliberalen die Mehrheit aller. Lag die Macht aber erst einmal in den richtigen Händen, wollten diese neuen Liberalen ihr jedenfalls keine allzu engen Fesseln anlegen. Denn bei ihnen war auch das klassisch-liberale Vertrauen in die Vorteilhaftigkeit einer möglichst freien gesellschaftlichen Entwicklung dem Ideal rationaler Planung gewichen.

Ketteler gelang es in seinen Schriften sehr genau, diese Schwächen und Inkonsistenzen seiner liberalen Zeitgenossen zu benennen. „Der moderne Liberalismus“, so schreibt er in seinem Buch Freiheit, Autorität und Kirche von 1862, „steht seiner innerlichsten Natur nach ganz auf der Seite der Allregiererei und ist durchaus Geisteskind und Erbe der absolutistischen Monarchie und Bürokratie der verflossenen Jahrhunderte. Er unterscheidet sich von diesen nur durch die äußere Gestalt, nur durch Worte, die das Gegentheil anzudeuten scheinen, nur durch die Organe, die die Gewalt handhaben, während sein eigentliches Wesen, das immer wieder durch diesen Schein durchbricht, intolerante, rücksichtslose Centralisation, Allgewalt des Staates auf Kosten der individuellen und korporativen Freiheit ist.“⁸

Wenn Ketteler hier die individuelle und korporative Freiheit gegen den Etatismus seiner Zeit verteidigt, dann darf er aber freilich nicht vor-schnell selbst als Liberaler interpretiert werden. Ketteler ging es in seinen Schriften um die Verteidigung der althergebrachten Freiheiten der Kirche und nicht um die individuelle Freiheit des autonomen Individuums im Sinne des klassischen Liberalismus. Es ist aber eine List der Geschichte, dass die Katholiken, indem sie die Freiheit und das Selbstverwaltungsrecht der Kirche gegen die Übergriffe einer wuchernden Büro-

kratie verteidigten, ein differenzierteres Bild von der Moderne gewannen. Diese Entwicklung ist in Kettelers Texten gut nachzuvollziehen. Er greift den – im Grunde abgelehnten – liberalen Rechts- und Ordnungsgedanken auf, um die Kirche vor den Anfeindungen und Übergriffen des Staates zu verteidigen: „Wenn der moderne Liberalismus ehrlich und consequent wäre, so müßte er, trotz seiner irrigen Grundsätze, doch das Princip der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung anerkennen, und dann ließe sich wenigstens mit ihm noch friedlich in einem Staate nebeneinander leben.“⁹ Die Bezugnahme auf den liberalen Freiheitsbegriff bleibt also formal und instrumental, zu dem Liberalismus als Weltanschauung hält Ketteler betont Distanz. Dennoch darf dieses Bemühen, die althergebrachten Freiheiten vor dem Hintergrund des modernen, liberalen Freiheitsverständnisses zu rekonstruieren, in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden. In einer Zeit, in der ein Großteil der Katholiken das liberale Gedankengut in toto als Teufelszeug verwarf, traten Ketteler und wenige andere in eine produktive Auseinandersetzung mit dem Liberalismus. Und wie man es von einer guten Kontroverse erwarten darf, führte sie zu Erkenntnisfortschritten. Indem Ketteler versuchte, das Denken seiner Gegner nachzuvollziehen und innere Widersprüche oder ideologische Vorurteile darin aufzudecken, schärfte er auch den Blick für die Konsistenz der eigenen katholischen Weltanschauung. Die Angriffe auf den Katholizismus im Namen der Freiheit zwangen Kirche und Theologie dazu, das eigene, genuin christliche Freiheitsverständnis neu zu reflektieren. Dabei erkannten sie, dass der christliche Glaube selbst mit den überkommenen Strukturen autoritärer Herrschaft und geistiger Bevormundung, von denen die Kirche prima facie jahrhundertlang profitiert hatte, unvereinbar war. Vor diesem Hintergrund liest man etwa zu der Frage der Religions- und Gewissensfreiheit bereits bei Ketteler Erstaunliches: „Die Kirche ehrt so sehr Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit, daß sie jeden äußern Zwang auf Jene, die ihr nicht angehören, als unsittlich und vollkommen unstatthaft abweist.“¹⁰

Eigentum verpflichtet

Auch die Soziale Frage thematisierte Ketteler bereits in seiner Katholikentagsrede von 1848. Er nannte sie die „schwerste Frage, die bei allen gesetzlichen Bestimmungen, bei allen Staatsformen noch nicht gelöst ist“¹¹. Seine Rede hatte so viel Eindruck auf die Zuhörer gemacht, dass man ihn einlud, in jenem Jahr die traditionellen Adventspredigten im Mainzer Dom zu halten. In diesen Predigten griff Ketteler abermals das Thema der Sozialen Frage auf. Eine wirklich sozialetisch fundierte

Analyse und ein sozialpolitisches Lösungskonzept hatte er zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht. Damals war er noch der Überzeugung, dass die Arbeiterfrage weniger auf sozio-ökonomische als vielmehr auf religiöse Ursachen zurückzuführen wäre: „Der Abfall vom Christentume ist der Grund unseres Verderbens, ohne diese Erkenntniß gibt es keine Rettung“¹², predigte er.

Trotz einer sozialwissenschaftlich noch völlig unzureichenden Analyse finden die Adventspredigten in jeder Würdigung des sozialethischen und sozialen Wirkens Kettelers zu Recht ihre Erwähnung. Der Grund dafür ist, dass er hier – im Wesentlichen unter Bezugnahme auf Thomas von Aquin (1225 – 1274) – seinen Zeitgenossen die traditionelle christliche Eigentumsauffassung in Erinnerung ruft, die in engem Zusammenhang mit dem Schöpfungsglauben steht. Gott als der Schöpfer der Welt ist der wahre und einzige Eigentümer aller weltlichen Güter. Das menschliche Eigentumsrecht ist demgegenüber beschränkt, es ist für Ketteler kein umfassendes Verfügungs-, sondern nur ein Nutzungsrecht, wobei er zwei Aspekte dieses Nutzungsrechtes unterscheidet: „erstens das Recht der Fürsorge und Verwaltung, zweitens das Recht des Fruchtgenusses“¹³. Und der springende Punkt dabei ist: Nur von Fürsorge und Verwaltung der Güter darf der menschliche Eigentümer seine Mitmenschen ausschließen, nicht aber vom Fruchtgenuss. Die „Früchte soll der Mensch [...] niemals als sein Eigenthum, sondern als ein Gemeingut Aller betrachten, und er soll daher gerne bereit sein, den Anderen in ihrer Not mitzutheilen.“¹⁴

Ketteler formuliert damit das Prinzip „Eigentum verpflichtet!“, das später auch in den das Eigentumsrecht betreffenden Artikel 14 des Grundgesetzes eingegangen ist. Er hat dabei Wert darauf gelegt, dass sich dieses christliche Eigentumsverständnis sowohl von dem Liberalismus als auch dem Sozialismus seiner Zeit dezidiert absetzte. Gegen die Parole des Kommunistischen Manifests (ebenfalls 1848 erschienen!) von der Aufhebung des Privateigentums verteidigte er das Eigentumsrecht. Gegen den „Eigentumsabsolutismus“ des Liberalismus betonte er die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Für Ketteler freilich war dieser Grundsatz ausdrücklich noch kein rechtliches, sondern ein rein moralisches Prinzip. Er wollte zu diesem Zeitpunkt noch keine staatlichen Eingriffe in das Eigentumsrecht, um etwa eine staatliche Sozialpolitik finanzieren zu können. Die sozialen Probleme sollten vielmehr durch tätige Nächstenliebe der Reichen gegenüber den Armen gelöst werden.

Arbeitersolidarität und Sozialreform

Bei dieser Ansicht blieb Ketteler zunächst auch als Bischof. Mit den sozialreformerischen und sozialpolitischen Diskussionen seiner Zeit beschäftigte er sich deshalb lange Zeit gar nicht. Als Bischof kümmerte er sich vielmehr um den Ausbau der Strukturen karitativer Fürsorge in seiner Diözese. Dabei bediente er sich der Unterstützung verschiedener apostolischer Ordensgemeinschaften, die er teilweise erst zu diesem Zweck eigens in sein Bistum holte und die verschiedene Einrichtungen schufen, um Kranken, Invaliden, Waisenkindern oder arbeitslosen jungen Frauen zu helfen.

1863 kam dann Bewegung in die sozialpolitischen Diskussionen in Deutschland. Zu Beginn dieses Jahres veröffentlichte der sozialliberale preußische Abgeordnete Hermann Schulze-Delitzsch sechs Vorträge, die er vor dem Berliner Arbeiterverein gehalten hatte. Schon der Titel der Schrift, *Capitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus*, konnte von katholischer Seite als Provokation empfunden werden. Schulze-Delitzsch propagierte hier die Idee der Arbeiterselbsthilfe, näherhin die Genossenschaftsidee, wie sie zu diesem Zeitpunkt bereits in England praktiziert wurde. Auch der Sozialist Ferdinand Lassalle griff den Genossenschaftsgedanken auf und warb für Produktivgenossenschaften, in deren Errichtung er die einzige Möglichkeit sah, die Arbeiterfrage zu lösen. Beide Vorschläge erregten breite öffentliche Aufmerksamkeit. Ein Auftritt Lassalles in Mainz am 20. Mai 1863 fand auch bei katholischen Arbeitern viel Anklang. Wenige Tage später, am 23. Mai, gründete sich in Leipzig der *Allgemeine Deutsche Arbeiterverein*, die erste sozialdemokratische Partei in Deutschland. Auch hierbei waren katholische Arbeiter anwesend.

Ketteler, der ohnehin seit langem von der Dringlichkeit der Arbeiterfrage überzeugt war und zudem einen ausgeprägten politischen Instinkt hatte, begann, sich nun näher mit den sozialreformerischen Vorschlägen auseinanderzusetzen, die aus den beiden Lagern der weltanschaulichen Gegner vorgebracht wurden. Er machte sich an das Studium der volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Schriften seiner Zeit und legte bereits 1864 ein eigenes Buch zu dem Thema vor: *Die Arbeiterfrage und das Christentum*. Mit dieser Schrift verabschiedete sich Ketteler von der Vorstellung, die Arbeiterfrage sei im Wesentlichen mit den Mitteln karitativer Fürsorge zu lösen. Das Buch zeigt ein klares Verständnis der wesentlichen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge. Ausführlich begründet Ketteler, dass er als Bischof und die Gemeinschaft der Kirche

insgesamt angesichts des Ausmaßes der Sozialen Frage nicht teilnahmslos bleiben könnten. Das Elend vieler Arbeiter und ihrer Familien berühre die Menschenwürde der Betroffenen. Die Christen, deren Glaube es ist, dass Gott selbst Mensch geworden ist, um den Menschen ihre Würde zurückzugeben, dürften es nicht zulassen, dass ihnen diese Würde durch menschengemachte soziale Verhältnisse wieder genommen werde. Als Lösungsmodell glaubte Ketteler – wie seine Zeitgenossen Lassalle und Schulze-Delitzsch – an die „herrliche Idee“¹⁵ der Genossenschaften. Auch er legte hierbei, wie Lassalle, den Fokus auf die Produktivgenossenschaften, lehnte im Gegensatz zu dem Sozialdemokraten deren staatliche Finanzierung jedoch ab.

Hinwendung zur Sozialpolitik

Dem Gedanken der Sozialreform hat Ketteler sich mit seinem Buch von 1864 zugewendet, eine staatliche Sozialpolitik wollte er nach wie vor nicht. Bereits ein Jahr nach Erscheinen seines Buches, in einer Rede vor dem Mainzer Gesellenverein 1865, revidierte Ketteler allerdings abermals seine Position. Er war nun zu der Überzeugung gelangt, dass ohne den Staat die Arbeiterfrage nicht zu lösen sein würde. Seine Kehrtwende war so eindeutig und für einen katholischen Bischof so unerhört, dass Kettelers Rede von der Zeitung *Sozial-Demokrat* des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nachgedruckt wurde.

Nun hatte Ketteler einen Standpunkt erreicht, der in seinen Grundzügen dem der modernen katholischen Soziallehre entspricht und als deren Pionier er deshalb mit Fug und Recht bezeichnet werden darf. Sein Weg dorthin kann stichwortartig so beschrieben werden: von karitativer Fürsorge über die Idee der Sozialreform zur Sozialpolitik. Seine beiden wichtigsten sozialpolitischen Texte schrieb er 1869. Es handelt sich um zwei Reden, die in gedruckter Form sofort eine weite Verbreitung fanden. Die erste Rede hielt er im Rahmen einer Andacht vor 10.000 Arbeitern auf der „Liebfrauenheide“ in der Nähe von Offenbach. Sie gilt als die „Magna Charta der christlichen Arbeiterbewegung“¹⁶. Der zweite Text entstand als Referat vor der Fuldaer Bischofskonferenz, mit dem Ketteler seine Mitbrüder im Bischofsamt von seinem sozialpolitischen Anliegen überzeugte. Dass das gelang, war keineswegs selbstverständlich. Ketteler selbst hatte, wie wir gesehen haben, noch einige Jahre zuvor das Konzept karitativer Fürsorge favorisiert. Über Jahrhunderte war das Gebiet der Armenfürsorge eine Domäne der Kirche gewesen. Dass die katholischen Bischöfe nun, zumal auf dem Höhepunkt kirchenpolitischer Auseinandersetzungen, bereit waren, auf diesem Gebiet mit dem

Staat zu kooperieren, zeugt von der Weitsicht und Überzeugungskraft Kettelers.

Staatliche Sozialpolitik bedeutete für Ketteler zunächst einmal und vor allem Arbeiterschutzgesetzgebung, das heißt zum Beispiel eine gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit, die Durchsetzung des arbeitsfreien Sonntags oder das Verbot der Kinderarbeit. Gemessen an einem modernen Verständnis von Sozialpolitik ist das natürlich nicht hinreichend, aber Ketteler stand eben am Anfang dieser neuen Idee. Für die meisten seiner Zeitgenossen gab es nur die Alternative, für oder gegen den Kapitalismus zu sein. Die Protagonisten im weltanschaulichen Streit zwischen diesen beiden antagonistischen Positionen waren Liberale und Sozialisten. Ketteler erkannte hingegen neben den Schattenseiten schon früh auch die volkswirtschaftlichen Vorteile der Marktwirtschaft. Sein Lösungskonzept war deshalb die sozialstaatliche Bändigung des Kapitalismus. „Da also das ganze System nicht umzustoßen ist“, erklärte er vor der Bischofskonferenz, „so kommt es darauf an, es zu mildern, für alle einzelnen schlimmen Folgen desselben die entsprechenden Heilmittel zu suchen und auch die Arbeiter, soweit möglich, an dem, was an dem System gut ist, an dessen Segnungen Antheil nehmen zu lassen.“¹⁷ Das ist letztlich der Mittelweg zwischen Laissez-faire-Kapitalismus und sozialistischer Utopie, wie er nach dem Zweiten Weltkrieg in dem europäischen Modell der Sozialen Marktwirtschaft verwirklicht wurde. Auf diesem Weg wurden die von der prosperierenden bürgerlichen Marktgemeinschaft abgehängten und marginalisierten Arbeiter zu Erwerbsbürgern, die kapitalistische Klassengesellschaft wurde zur Erwerbsbürgergesellschaft.

Bleibendes Vorbild

Wilhelm Emmanuel von Ketteler ist ohne Zweifel eine beachtliche historische Figur, die es verdient, dass man ihres 200. Geburtstages gedenkt. Aber hat er uns darüber hinaus noch etwas zu sagen? Reinhard Kardinal Marx beantwortet diese Frage mit einem eindeutigen Ja: „Ketteler hat sich auf der Höhe der sozialwissenschaftlichen Diskurse seiner Zeit als Christ und als Bischof an den politischen Debatten über die Arbeiterfrage beteiligt. [... Er verfolgte] dabei das Ziel, den Gedanken der christlichen Nächstenliebe angesichts der konkreten sozialen Herausforderungen zu verwirklichen. Dabei ist er immer aufmerksam und lernbereit geblieben. Und mit dieser Haltung kann er auch uns heutigen Christinnen und Christen noch ein Vorbild sein.“¹⁸

Aber nicht nur in seiner grundsätzlichen Haltung, auch inhaltlich ist die Botschaft Kettelers durchaus aussagekräftig im Hinblick auf heutige sozialpolitische Debatten. Denen, die die moralische Berechtigung des modernen Sozialstaates grundsätzlich in Zweifel ziehen und dessen Rückbau auf eine bloße Garantie des sozio-kulturellen Existenzminimums empfehlen, ist entgegenzuhalten: Sie propagieren einen wirklichen Schritt zurück hinter zivilisatorische Errungenschaften, die das europäische Modell der Sozialen Marktwirtschaft in ihrem Kern betreffen. Nicht nur in der Biographie Kettelers, sondern in der gesamten Entwicklung des sozialpolitischen Denkens seit dessen Anfängen im 19. Jahrhundert ist ein Fortschritt von einem bloßen Modell der Armenfürsorge hin zu einem umfassenden System der sozialen Sicherung zu erkennen. In diesem Sozialsystem geht es eben nicht nur um materielle Alimentation, sondern um umfassende gesellschaftliche Integration der Hilfsbedürftigen.

Sozialpolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft, so hat es Norbert Blüm einmal treffend formuliert, ist mehr als „ein Lazarettwagen, der hinter der wirtschaftlichen Entwicklung herfährt und die Verletzten einsammelt“¹⁹. Zunächst einmal ist vielmehr dafür zu sorgen, dass Verletzungen möglichst vermieden werden. Zu einer Sozialpolitik in diesem Sinne gehört es deshalb auch, in asymmetrischen Marktbeziehungen die schwächere Partei davor zu schützen, dass der stärkere Vertragspartner seine wirtschaftliche Macht oder seinen Informationsvorsprung in unfairer Weise ausnutzen kann. Deswegen gibt es in einer Sozialen Marktwirtschaft spezielle Schutzrechte im Arbeitsrecht, im Mietrecht oder Verbraucherrecht.

Zentrales Ziel der Sozialpolitik muss es sein, sozialer Marginalisierung und Exklusion entgegenzuwirken. Dieses Problem ist nach wie vor aktuell, auch wenn es heute in anderen Erscheinungsformen begegnet als noch im 19. Jahrhundert. Insbesondere Menschen ohne beziehungsweise mit nur geringer beruflicher Qualifikation haben erhebliche Schwierigkeiten, sich umfassend in eine Gesellschaft zu integrieren, die nach wie vor weitgehend als Erwerbsbürgergesellschaft strukturiert ist. Dauerhafte unfreiwillige Arbeitslosigkeit bedeutet vor diesem Hintergrund nicht nur eine erhebliche materielle Einschränkung für die Betroffenen, sondern auch einen weitgehenden Ausschluss aus zentralen sozialen Lebensbereichen und Kommunikationsbezügen.

In den letzten Jahren ist die ernüchternde Einsicht gewachsen, dass die überkommenen wohlfahrtsstaatlichen Strukturen, die vor allem auf Umverteilung und materielle Kompensation gesetzt haben, diese Exklusi-

onsmechanismen nicht wirksam genug bekämpft, zum Teil sogar verstärkt haben. Auf der Suche nach einem Ausweg aus dieser Misere kann Kettelers sozialpolitisches Leitbild keine konkreten Antworten geben, aber vielleicht die Richtung anzeigen, in der es lohnend sein könnte, nach Antworten zu suchen. Ketteler hat zeitlebens entscheidend auf den Aspekt der Selbsthilfe gesetzt und auch Sozialpolitik als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden. Sein Leitbild war das des subsidiären Sozialstaates. Das heißt, es geht nicht darum, Unfreiheit im Sinne eines Mangels an sozialen Verwirklichungschancen lediglich zu verwalten und finanziell abzufedern, sondern Chancen zu eröffnen und damit gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.²⁰

In einer hochkomplexen Wissensgesellschaft wie der unseren bedeutet das, Exklusionsmechanismen so früh wie möglich entgegenzuwirken. Insbesondere Familienpolitik und Bildungspolitik müssen heute weit mehr als früher als vorsorgende Sozialpolitik begriffen werden. In diesem Sinne kommt es insbesondere darauf an, über geeignete familien- und bildungspolitische Instrumente Kindern aus sozial schwachen Familien möglichst früh Partizipationsmöglichkeiten an dem kulturellen, sozialen und materiellen Reichtum unserer Gesellschaft zu eröffnen, um sie vor dem Schicksal lebenslanger Abhängigkeit von staatlicher Alimentation zu bewahren.

Die gegenwärtige Staatsschuldenkrise zeigt, dass die überschuldeten öffentlichen Haushalte an die Grenze ihrer Leistungskraft gelangt sind. Das wird unausweichlich in den kommenden Jahren auch zu einer grundsätzlichen Debatte über die zukünftigen Möglichkeiten und Grenzen der Sozialpolitik führen. Dabei geht es um die existentiellen Lebensbedingungen von Menschen und das Gemeinwohl der ganzen Gesellschaft. Für Ketteler wäre das ein Grund gewesen, sich lebhaft an dieser Debatte zu beteiligen. Und auch heute sollten sich die Christinnen und Christen einmischen.

Anmerkungen

- 1 Das Zitat findet sich etwa bei Fritz Vigener, Ketteler. Ein deutsches Bischofsleben des 19. Jahrhunderts, München/Berlin 1924, 732. Neben vielen anderen verwendet es auch der Nestor der katholischen Sozialwissenschaften im 20. Jahrhundert: Oswald von Nell-Breuning, Kirche und Arbeiterschaft. Zum Streit um die gleichnamige Synodenvorlage, in: Stimmen der Zeit 193 (1975), 339 – 352, hier: 348.
- 2 Reinhard Kardinal Marx, Christ sein heißt politisch sein. Wilhelm Emmanuel von Ketteler für heute gelesen, Freiburg i. Br. u. a. 2011, 12.

-
- 3 Ursula Nothelle-Wildfeuer, Gesellschaftlich-politische Diakonie der Kirche. Grundfunktion oder Zerrbild von kirchlicher Seelsorge? In: Müller, Philipp/Windisch, Hubert (Hrsg.), Seelsorge in der Kraft des Heiligen Geistes. Festschrift für Weihbischof Paul Wehrle, Freiburg u. a. 2005, 141 – 160.
 - 4 Wilhelm E. v. Ketteler, Schriften, Aufsätze und Reden 1867 – 1870 (Sämtliche Werke und Briefe, Bd. I/2), Mainz 1978, 435.
 - 5 Marx (Anm. 2), 44.
 - 6 Wilhelm E. v. Ketteler, Schriften, Aufsätze und Reden 1848 – 1866 (Sämtliche Werke und Briefe, Bd. I/1), Mainz 1977, 18.
 - 7 Siehe dazu Axel Honneth, Kampf, Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt a. M. 1992.
 - 8 Ketteler (Anm. 6), 280.
 - 9 Ebd., 282.
 - 10 Ebd., 303 f.
 - 11 Ebd., 18.
 - 12 Ebd., 40.
 - 13 Ebd., 29.
 - 14 Ebd., 30.
 - 15 Ebd., 449.
 - 16 Erwin Iserloh, Wilhelm Emmanuel von Ketteler 1811 – 1877 (Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus), Paderborn u. a. 1990, 117.
 - 17 Ketteler (Anm. 4), 438.
 - 18 Marx (Anm. 2), 39 f.
 - 19 Das Zitat stammt aus einem Artikel Blüms für das Magazin Focus aus dem Jahr 1998. Nach wie vor online verfügbar unter der Adresse: http://www.focus.de/politik/deutschland/standpunkt-sozialpolitik-ist-mehr-als-ein-lazarettwagen_aid_169601.html (abgerufen am 04.11.2011).
 - 20 Siehe dazu Chancengerechte Gesellschaft. Leitbild für eine freiheitliche Ordnung (Die deutschen Bischöfe. Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, Nr. 34), Bonn 2011.

Zur Person des Verfassers

Dr. Arnd Küppers ist Stellvertretender Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach